

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the shape of the map of Asia, with a concentration of dots in the region of East Asia.

Die Grenzen der Annäherung?

Protestbewegung in Taiwan setzt chinesisch-chinesische Verständigung unter Stress

JÜRGEN KAHL

Juni 2014

- Mit spektakulären Protestaktionen gegen die Ratifizierung eines neuen Wirtschaftsabkommens mit Peking hat die sich neu formierende außerparlamentarische Opposition in Taiwan eine Grundsatzdebatte über den künftigen Kurs gegenüber der Volksrepublik China angestoßen. Die von Studenten und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen getragene Protestbewegung wirft der national-konservativen Kuomintang-Regierung unter Präsident Ma Ying-jeou vor, über die wirtschaftliche Verflechtung mit China die Selbstbestimmung und den Fortbestand Taiwans als eigenständiger und demokratisch verfasster Staat aufs Spiel zu setzen.
- Der Führung in Peking haben die jüngsten Ereignisse vor Augen geführt, dass die Überzeugungskraft der vorrangig auf materielle Vorteile ausgerichteten Vertrauenswerbung begrenzt ist und sich das nach wie vor tiefsitzende Misstrauen in der Bevölkerung der Inselrepublik gegenüber dem großen Nachbarn politisch mobilisieren lässt. Innenpolitisch hat der Erfolg des Aktionsbündnisses den Autoritäts- und Vertrauensverlust gegenüber Präsident Ma beschleunigt.
- Dass die überwiegende Mehrheit der Taiwaner für stabile Beziehungen mit China eintritt, gehört auch unter dem Aspekt der regionalen Sicherheit zur positiven Bilanz der pragmatisch betriebenen Normalisierungspolitik beider Seiten. Sie ist jedoch in Gefahr, sobald eine Seite die andere mit ihrer politischen Agenda – in Richtung Wiedervereinigung oder der einseitigen Festschreibung des Status quo – zu überfordern beginnt.

Nach einer Phase der konsequent betriebenen praktischen Verständigung und der schnell voranschreitenden wirtschaftlichen Verflechtung sind die wechselvollen Beziehungen der Volksrepublik und der Inselrepublik Taiwan in ein neues, störungsanfälligeres Stadium eingetreten. Für die gegenläufigen Trends, die dabei aufeinanderstoßen, sind zwei Ereignisse exemplarisch.

Zum ersten Mal seit der politischen Teilung von 1949 hatten sich Mitte Februar Regierungsvertreter beider Seiten in offizieller Funktion zum Gespräch getroffen. Die als weiterer Meilenstein im chinesisch-chinesischen Aussöhnungsprozess gewürdigte Begegnung von Nanjing war darauf angelegt, den Dialog auf die politische Ebene zu heben und nach Verständigungsmöglichkeiten bei den unüberbrückten Gegensätzen in der nationalen Frage zu suchen.

Nur einen Monat später setzte eine spektakuläre Protestaktion in Taiwan, die sich gegen die Ratifizierung des im Vorjahr mit Peking abgeschlossenen Abkommens zur Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs richtete, einen unerwartet scharfen Gegenakzent zur Regierungspolitik. Unterstützt von Massenprotesten, gelang es dem Aktionsbündnis aus Studenten und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, das Parlament in Taipeh drei Wochen lang besetzt zu halten und restriktive Bedingungen für die weitere Beratung des Vertragswerks durchzusetzen.

Das massive Aufbegehren gegen den Kurs der KMT-Regierung hebt den Verständigungsprozess mit Peking nicht aus, stellt ihn mit den Forderungen nach Transparenz und einer wirksameren Kontrolle der bilateralen Verhandlungen aber auf eine neue Grundlage. Die chinesische Führung wird durch die innenpolitische Krise in Taiwan mit zwei höchst unwillkommenen Botschaften konfrontiert: Zum einen ist der Präsident und KMT-Chef Ma Ying-jeou zwei Jahre vor Ablauf seiner letzten Amtszeit politisch nachhaltig geschwächt und als Verhandlungspartner kaum noch handlungsfähig. Zum anderen verdeutlichen die Ereignisse, wie tief das Misstrauen der 23 Millionen Taiwaner gegenüber dem großen Bruder auf dem Festland noch sitzt und wie sich die Ängste vor dem schleichenden Verlust der selbstbestimmten Eigenstaatlichkeit sowie der Erosion des liberal und demokratisch geprägten Gesellschaftssystems mobilisieren lassen.

Unter sicherheitspolitischen Aspekten konnte der vor sechs Jahren eingeleitete Kurswechsel von der Konfrontation zur schrittweisen Annäherung einen der gefährlichsten Konfliktherde in der Region entschärfen, der immer auch die Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes zwischen China und den USA in sich barg. Dabei hat Peking im Umgang mit Taiwan eine pragmatische Verständigungsbereitschaft an den Tag gelegt, die sich von der Unnachgiebigkeit seines Konfliktverhaltens in den Territorialstreitigkeiten mit Japan und einigen südostasiatischen Staaten deutlich abhebt.

Ungeachtet der taktischen Flexibilität, hält China jedoch unbeirrt an den strategischen Zielen seiner Taiwan-Politik fest. Staats- und Parteichef Xi Jinping hat die Wiedervereinigung, sprich die Rückführung der Insel unter die Oberhoheit Pekings, zu einem Kernanliegen bei der Verwirklichung des »chinesischen Traums« erklärt. Hinsichtlich der strategischen Rivalität mit den USA in der Region haben sich die militärischen Kräfteverhältnisse im Umfeld Taiwans bereits so weit zugunsten Chinas verschoben, dass das Einlösen der amerikanischen Schutzverpflichtungen gegenüber dem Inselstaat zu vertretbaren Kosten äußerst zweifelhaft erscheint.

Kleiner Konsens mit hoher Dynamik

Die Reise, die im Februar zur ersten offiziellen chinesisch-chinesischen Begegnung auf Regierungsebene in Nanjing führte, hatte bereits vor zwei Jahrzehnten in Singapur begonnen. Dort verständigten sich Unterhändler der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und der KMT auf einen Minimalkonsens, der das grundsätzliche Bekenntnis zur Einheit der Nation (Ein-China-Prinzip) enthält, gleichzeitig aber respektiert, dass beide Seiten damit unterschiedliche Vorstellungen verbinden.

Politisch wirksam wurde der sogenannte *Konsens von 1992* erst, nachdem der Ausbruchsversuch in Richtung einer Unabhängigkeitserklärung unter dem ersten Staatspräsidenten der oppositionellen Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), Chen Shui-bian (2000–2008), auch am Widerstand der USA gescheitert war und die KMT 2008 an die Macht zurückkehrte. Aus der Verständigung zwischen dem damaligen Staats- und Parteichef Hu Jintao und seinem taiwanischen Gegenüber Ma Ying-jeou auf eine Politik der kleinen Schritte entwickelte sich in den Folgejahren eine beachtliche konstruktive Dynamik.

Der Ertrag, den die Politik im Zeichen von Öffnung und Normalisierung verbuchen kann, lässt sich mit folgenden Stichworten beschreiben:

Bei aller Kritik am China-Kurs der Regierung Ma spricht sich die große Mehrheit der Bevölkerung Taiwans in aktuellen Umfragen für *stabile und gutnachbarschaftliche Beziehungen zur Volksrepublik* aus. Dies gilt auch für den Austausch ständiger Vertretungen und die geplante Einrichtung einer »Hotline« zwischen beiden Regierungen, die bei dem Treffen in Nanjing grundsätzlich vereinbart wurden. Die Eindeutigkeit in der öffentlichen Meinung hat den radikalen Unabhängigkeitsbefürwortern politisch weitgehend den Boden entzogen und dazu geführt, dass auch die DPP nach einer differenzierteren Position im Umgang mit China sucht.

Unter den über zwanzig bilateralen Verträgen hat die Wirtschaft Taiwans am stärksten von dem 2010 abgeschlossenen *Freihandelsabkommen ECFA (Economic Cooperation Framework Agreement)* profitiert. Dies wird sowohl im steilen Anstieg der Exporte in Richtung China als auch in den hohen Überschüssen sichtbar, die Taiwan im bilateralen Warenaustausch erzielt.¹ Bezieht man neben dem Handel und den enormen, nach China geflossenen Investitionen auch das florierende Geschäft mit dem Tourismus ein, lebt ein beträchtlicher Teil der taiwanischen Bevölkerung inzwischen direkt oder indirekt von der wirtschaftlichen Verflechtung mit China.

Die dritte, längerfristig wirksame Dividende der Normalisierung sind die *zwischenmenschlichen, akademischen und kulturellen Kontakte*, die von der Mobilität sowie der weitgehend unbehinderten Kommunikation in beide Richtungen begünstigt werden. 2013 waren insgesamt rund 10.000 Studenten vom Festland an taiwanischen Hochschulen eingeschrieben oder kamen im Rahmen von Austauschprogrammen auf die Insel.² Dies fördert nicht nur die Kenntnis voneinander, sondern lädt ebenso zu Vergleichen zwischen den Lebensbedingungen beider Gesellschaften ein. Noch stärker als bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 2012 zeigte sich dies jüngst am Interesse, mit dem

1. 2013 in Höhe von 116 Mrd. US-Dollar bei einem Handelsvolumen von insgesamt knapp 200 Mrd. US-Dollar.

2. Umgekehrt bewegt sich der Austausch in etwa der gleichen Größenordnung.

Chinas »Netizens« in den sozialen Netzwerken das Pro und Contra der spektakulären Protestbewegung in Taipeh diskutierten.

Nachdem die Ernten der ersten Normalisierungsphase eingefahren und die politisch unverfänglichen Instrumente der Annäherung weitgehend ausgereizt sind, bewegen sich die ehemaligen Bürgerkriegsgegner nun auf den harten Kern des nationalen Konflikts und damit auf ein kritischeres Stadium bei der Gestaltung ihrer künftigen Beziehungen zu. Die enge zeitliche Folge des Treffens in Nanjing und der einen Monat später erfolgten Besetzung des Parlaments in Taipeh war zufällig. Dennoch kommt darin eine gegenläufige Dynamik zum Ausdruck, die beide Seiten fortan vor ungleich größere Herausforderungen stellen wird. Sie ergeben sich aus den strukturellen Bedingungen des Dialogs sowie aktuell durch den Autoritätsverfall von Präsident Ma, in dem sich auch die schwindende Zustimmung zu seiner China-Politik spiegelt.

Die Vertrauensbildung, um die sich Peking unter dem Slogan »*winning hearts and minds*« bemüht, hat unter den extrem asymmetrischen Kräfteverhältnissen, wie sie zwischen Taiwan und der Volksrepublik bestehen, ein Glaubwürdigkeitsproblem – insbesondere wenn der starke Partner vorgibt, in welche Richtung sich der *Wandel durch Annäherung* letztlich zu bewegen hat, und dabei die notfalls einsetzbaren Machtmittel zur Disziplinierung (das Anti-Sezessions-Gesetz von 2005 in Verbindung mit dem auf die Insel gerichteten Raketenarsenal) in der Hinterhand behält. Umgekehrt wird die relative Schwäche Taiwans noch dadurch potenziert, dass die politischen Parteien und die Bevölkerung gegenwärtig weiter denn je von einem robusten Konsens in dieser Schicksalsfrage entfernt sind.

Politischer Dialog ohne Plattform

Der Händedruck, der am 11. Februar in Nanjing die erste Begegnung des taiwanischen Ministers für Festlandangelegenheiten (*Mainland Affairs Council*), Wang Yu-chi, mit seinem Amtskollegen Zhang Zhijun (*Taiwan Affairs Office*) einleitete, war ein politisches Ereignis, das auch international viel Beachtung gefunden hat. Die symbolträchtige Geste sollte die Botschaft vermitteln, dass es sich bei der Verständigung zwischen beiden Seiten um einen dynamisch fortschreitenden und irreversiblen Pro-

zess handelt, der mit der Eröffnung direkter politischer Gespräche (Track-II-Verhandlungen) nun ein neues Stadium erreicht hat.

Dass Peking dabei vor allem die 2016 in Taiwan anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sowie die mit einem neuerlichen Regierungswechsel von der KMT zur DPP verbundenen Unwägbarkeiten im Blick hat und deshalb auf das Tempo drückt, hatte Staats- und Parteichef Xi Jinping bereits im Oktober 2013 deutlich gemacht – mit einer an die Regierung in Taipeh gerichteten Mahnung, dass die politischen Differenzen zwischen beiden Seiten »nicht von einer Generation an die nächste weitergereicht werden dürfen, sondern gelöst werden müssen«³. Für seinen Partner und Kontrahenten Ma geht es bereits um sein politisches Vermächtnis und den Anspruch, sich als Wegbereiter des chinesisch-chinesischen Versöhnungswerks in die Geschichtsbücher einzuschreiben, auch wenn dessen Vollendung nach seiner Überzeugung späteren Generationen vorbehalten bleiben müsse.

Sieht man von der symbolischen, der politischen Opportunität geschuldeten Bekräftigung der prinzipiellen Verständigungsbereitschaft ab, hat das Treffen von Nanjing vor allem die Gegensätze zwischen beiden Seiten sichtbar gemacht. Zwar verfügen die Regierungen in Peking und Taipeh nun über einen neuen, direkten Dialogmechanismus, jedoch nicht ansatzweise über eine konsensfähige Plattform, geschweige denn eine Roadmap, die über den politischen Minimalkompromiss von 1992 hinausweisen würde.

In Nanjing zeigte sich dies an den Abwehrreflexen, in die sich beide Seiten flüchteten, um missverständlichen Signalen von Kompromissbereitschaft vorzubeugen. So hatte das taiwanische Parlament dem Minister für Festlandangelegenheiten schon vorab per Resolution untersagt, sich mit seinem chinesischen Amtskollegen auf eine Debatte über sensible politische Fragen einzulassen und eine gemeinsame Abschlusserklärung herauszugeben. Umgekehrt war Peking sorgfältig darauf bedacht, jeden Anschein einer stillschweigenden staatlichen Anerkennung Taiwans als Staat zu vermeiden. So wurde die Entscheidung über den Austausch ständiger Vertretungen vertagt, weil die chinesische Regierung nicht bereit

war, der taiwanischen Vertretung ein Minimum an konsularischen Befugnissen zuzugestehen.

Insofern hat die erste Runde des politischen Dialogs ernüchternd und – vor dem Hintergrund der Folgeereignisse in Taipeh – sogar kontraproduktiv gewirkt. Statt eine Perspektive für eine weiterführende Verständigung zu vermitteln, hat das Treffen den Taiwanern ein weiteres Mal auf prekäre Weise bewusst gemacht, wie die rigide Auslegung des Ein-China-Prinzips durch Peking in Verbindung mit der zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Volksrepublik ihren Anspruch auf Selbstbestimmung zu unterhöhlen droht. Im protokollarischen Zeremoniell der Begegnung von Nanjing hat sich Peking zwar an die Zusage von »gleichberechtigten Verhandlungen« gehalten, in der Sache aber keine Bereitschaft erkennen lassen, die staatliche Existenz Taiwans zu akzeptieren, statt sie bloß zähneknirschend zu dulden.

Mit Sonnenblumen gegen China-Abkommen

Nachdem im Sommer 2010 das Freihandelsabkommen ECFA mit China unterzeichnet worden war, sah Präsident Ma ein »goldenes Jahrzehnt« des Friedens und der Prosperität für Taiwan heraufziehen. Diese riskante Prognose stützte sich auf zwei Prämissen: Zum einen auf die Erwartung, dass sich die Öffnung des chinesischen Marktes dauerhaft als starker Motor für das Wachstum von Wirtschaft und Wohlstand erweisen werde. Zum anderen auf die Hoffnung, dass die Verständigung mit Peking der diplomatisch isolierten Insel mehr Bewegungsspielraum verschaffen würde, um auch mit anderen Handelspartnern in und außerhalb der Region Freihandelsabkommen abzuschließen und auf der internationalen Bühne eine aktivere Rolle spielen zu können.

Tatsächlich verlief die Entwicklung weniger erfreulich. Nach der Finanzkrise drückt nun die abgeschwächte Nachfrage aus China die Wachstumsraten nach unten. Die unausgewogene Verteilung der Gewinne aus dem China-Geschäft hat das Wohlstandsgefälle zulasten von Arbeitnehmern und mittelständischen Unternehmen signifikant vergrößert. Und abgesehen von den Freihandelsabkommen mit zwei peripheren Partnerstaaten, Singapur und Neuseeland, bleibt Taiwan als einer der führenden asiatischen High-Tech-Exporteure vom Trend zur regionalen und globalen Vernetzung weitgehend ausgeschlossen. Dies wirkt sich nicht nur als Wettbe-

3. Xi Jinping Anfang Oktober 2013 im Gespräch mit dem früheren taiwanischen Vizepräsidenten Vincent Siew.

werbsnachteil gegenüber Konkurrenten wie Südkorea aus, sondern vergrößert auch die Abhängigkeit der Insel von China, die bereits 40 Prozent der Exporte in der Volksrepublik absetzt.

Im gleichen Tempo, mit dem sich die Realität von dem versprochenen Soll entfernte, wuchs der Frust und Politikverdrossenheit in weiten Teilen der Bevölkerung. Bereits wenige Monate nach dem Doppelwahlsieg von 2012 stürzte Ma in den Meinungsumfragen auf Zustimmungswerte von unter 20 Prozent ab. Gleichzeitig wurde das Regierungsviertel in Taipeh regelmäßig zum Schauplatz von Protestkundgebungen, auf denen in zunehmender Zahl auch junge Demonstranten gegen schlecht bezahlte Jobs, steigende Lebenshaltungskosten und andere soziale Härten aufbegehrten. Trotz dieser Verbote wurden Regierung, parlamentarische Opposition und Öffentlichkeit von der Wucht der Konflikte völlig unvorbereitet getroffen.

Aus Protest gegen den Handstreich, mit dem der Ausschussvorsitzende der regierenden KMT tags zuvor das parlamentarische Beratungsverfahren für beendet erklärt hatte und das Plenum gegen den Willen der Opposition über den im Sommer 2013 unterzeichneten Vertrag abstimmen lassen wollte, stürmten einige Hundertschaften von Studenten zusammen mit verbündeten Aktivisten am 18. März das Parlamentsgebäude. Nach der Besetzung herrschte im Regierungsviertel mitten in Taipeh drei Wochen lang der Ausnahmezustand, der bis auf den von der Polizei mit Gewalt abgewehrten Sturm des Regierungssitzes friedlich blieb.

Während das von zwei Studenten repräsentierte Führungsteam mit einem professionell arbeitenden Stab aus dem Plenarsaal per Twitter und Facebook in der Bevölkerung um Unterstützung für die Anliegen des Aktionsbündnisses warb, Pressekonferenzen einberief und mit Erfolg mehrere Großdemonstrationen organisierte, verbreiteten die rund fünfzig Unterstützergruppen auf dem Gelände um das Parlament eine Stimmung aus *Maidan light* und *Occupy*. Es war das Basislager der von den Medien getauften »Sonnenblumen-Bewegung«⁴ und gleichzeitig eine eindrucksvolle Heerschau der bunten und lebendigen zivilgesellschaftlichen Szene, die sich in Taiwan in den vergangenen Jahren entwickelt hat.

4. Nach der als Symbol für Hoffnung und Transparenz gewählten Blumenart.

Als die Studenten am 10. April das Feld räumten, hatte sich das Aktionsbündnis in wesentlichen Punkten durchgesetzt und die Regierung düpiert. Der Forderung, den Gesetzgeber künftig von Beginn an über Verhandlungen mit Peking zu informieren und Vereinbarungen einer strikteren parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen, war das Kabinett bereits mit der Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzentwurfs nachgekommen. Entscheidend für den Abzug war die von Parlamentspräsident Wang Jin-pyng (KMT) schließlich auf eigene Faust und ohne Abstimmung mit der Parteiführung abgegebene Erklärung, das Ratifizierungsverfahren des umstrittenen Abkommens so lange auszusetzen, bis das neue Kontrollgesetz verabschiedet sei.

Für den ersten Anlauf war dies ein spektakulärer Erfolg der neu ins Spiel gekommenen außerparlamentarischen Opposition. Darüber hinaus hat die Aktion Fakten geschaffen, die nicht nur die politische Landschaft in Taiwan verändern, sondern sich auch auf die künftige Entwicklung der Beziehungen mit China auswirken werden.

Mit dem Widerstand gegen das Dienstleistungsabkommen hat das Aktionsbündnis auf ein Thema gesetzt, das wie kein zweites im Verhältnis zu China die Öffentlichkeit polarisiert. In den Meinungsumfragen auf dem Höhepunkt der Aktionen missbilligte zwar eine eindeutige Mehrheit die Besetzung des Parlaments durch die Studenten als falschen Weg, andererseits gab ihnen fast die Hälfte der Befragten, die sich in den gleichen Umfragen ablehnend zu dem Vertrag geäußert hatten, in der Sache recht. Darin spiegelt sich auch der Glaubwürdigkeitsverlust des politischen Establishments, dem ein wachsender Teil der Bevölkerung die Lösung der großen, die Zukunft entscheidenden Probleme nicht mehr zutraut,⁵ sowie die Sorge, dass die Einseitigkeit, mit der Ma auf die China-Karte setzt, Taiwan auf einen abschüssigen Weg führen könnte.

Die starken Bedenken sind vor allem wirtschaftlich begründet. Die Öffnung des Sektors erleichtert taiwanischen Banken und Versicherungen den Marktzugang in China. Aus Sicht der Kritiker wiegt dieser Gewinn jedoch bei weitem nicht die Nachteile auf, die zu erwarten sind, wenn sich das heimische Gewerbe von den Friseursalons über Taxiunternehmen bis hin zur

5. Ein Beispiel ist die Vehemenz, mit der Taiwans Atomkraftgegner seit der Katastrophe von Fukushima gegen den Ausbau der Kernenergie kämpfen.

Gastronomie der kapitalstarken Konkurrenz vom Festland stellen muss. Zudem kommt die politische Befürchtung hinzu, dass die Öffnung des Druck- und Verlags-gewerbes für chinesische Investoren der Manipulation und Beschränkung der freien Meinungsäußerung Tür und Tor öffnet.

Wie weiter?

Die enge zeitliche Folge des Treffens in Nanjing und der Protestaktionen in Taipeh hat die gegenläufigen Trends in den chinesisch-chinesischen Beziehungen in unerwarteter Schärfe sichtbar gemacht und stellt eine Zäsur für den Fortgang des Annäherungsprozesses dar. Mit dem erfolgreichen Aufbegehren des Aktionsbündnisses gegen die forcierte Verabschiedung des Dienstleistungsabkommens wurde die politische Landschaft in Taiwan wohl nicht nur vorübergehend aufgewirbelt, sondern das von beiden parteipolitischen Blöcken – dem blauen Lager der KMT und dem grünen der DPP – beherrschte Meinungsmonopol durchbrochen. Wie sich diese Entwicklung auf die künftigen Mehrheitsverhältnisse auswirken wird, werden die im November anstehenden Kommunalwahlen sowie die Neuwahl des Parlaments und des Staatspräsidenten Anfang 2016 zeigen.

Trotz der schweren Niederlage, die Präsident Ma und der Regierungspartei von der außerparlamentarischen Opposition zugefügt wurde, muss dies nicht zur innenpolitischen Destabilisierung und einer neuen Krise in den Beziehungen mit Peking führen. Im Gegensatz zu ihrem radikalen, von der Mehrheit der Bevölkerung missbilligten Vorgehen vertreten die Studenten und ihre Anhänger Forderungen, die in der Öffentlichkeit und sogar in Teilen der KMT auf zustimmende Resonanz stoßen. Anders als die früher tonangebenden radikalen Unabhängigkeitsbefürworter in der DPP haben sie die Verständigung und den Interessenausgleich mit China nicht grundlegend infrage gestellt. Vielmehr richtet sich der Protest in erster Linie gegen das intransparente »Black-Box«-Verfahren, mit dem Ma die China-Politik samt der Folgenabschätzung für die Zukunft Taiwans zur Chefsache gemacht und der wirksamen öffentlichen Mitsprache und Kontrolle entzogen hat. Insofern könnte die jüngst in Gang gesetzte Grundsatzdebatte den Weg für einen parteiübergreifenden Konsens ebnen, der die Verhandlungsposition Taiwans gegenüber Peking stärkt.

Von Staats- und Parteichef Xi Jinping stammt die Aussage, es sei nicht zu erwarten, dass das »drei Fuß dicke Eis«, das sich zwischen China und Taiwan in der Vergangenheit aufgebaut habe, »innerhalb eines Tages schmilzt«⁶. Dass die Annäherung auch nach dem Kurswechsel von 2008 keineswegs so linear und gleichmäßig in die von Peking gewünschte Richtung verläuft, ist an den Trends in den Meinungsumfragen schon seit langem ablesbar. Je mehr die Verflechtungen mit China zunehmen, desto stärker ist unter den Taiwanern das Bewusstsein für die eigene Identität und der Wille, den Status quo im Sinne selbstbestimmter Eigenstaatlichkeit zu behaupten.

Auf die Protestaktionen in Taipeh hat die chinesische Regierung in den offiziellen Verlautbarungen betont zurückhaltend reagiert und sich bereit erklärt, mit allen gesellschaftlichen Gruppen in Taiwan einen Dialog zu führen. Dies spricht dafür, dass Peking an dem eingeschlagenen Kurs festhalten wird, auch wenn in absehbarer Zeit keine Fortschritte zu erwarten sind – sowohl in Bezug auf die Ratifizierung des Dienstleistungsabkommens, das möglicherweise in Teilen neu verhandelt werden muss, als auch für das kaum noch realisierbare Gipfeltreffen mit Xi Jinping, mit dem Ma seine Amtszeit krönen wollte. Auch dieser Vorstoß wirkte sich in der Bevölkerung kontraproduktiv auf die Akzeptanz seiner China-Politik aus. Ähnlich wie das Treffen in Nanjing hat es Fragen provoziert, die Ma nicht beantworten kann und für die Peking bis auf Weiteres keine zustimmungsfähigen Lösungen anzubieten hat.

6. Im Gespräch mit dem KMT-Ehrenvorsitzenden Wu Poh-hsiung im Juni 2013.



Über den Autor

Jürgen Kahl ist auf China und Asien spezialisierter Publizist und arbeitet für die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ).

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Jürgen Stetten, Leiter, Referat Asien und Pazifik

Tel.: ++49-30-269-35-7504 | Fax: ++49-30-269-35-9211
<http://www.fes.de/asien>

Bestellungen/Kontakt:
Meike.Adam@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-899-8